

NOMOSPRAXIS

Ostendorf [Hrsg.]

Jugendstrafvollzugsrecht

Kommentierende Darstellung der
Landesgesetze zum Jugendstrafvollzug

Handbuch

4. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Prof. Dr. Heribert Ostendorf [Hrsg.]

Universität Kiel, Generalstaatsanwalt a.D.

Jugendstrafvollzugsrecht

Kommentierende Darstellung der
Landesgesetze zum Jugendstrafvollzug

Handbuch

4. Auflage

Bill Borchert, Jurist, Leiter der Jugendstrafanstalt Berlin | **Dr. jur. Viktoria Bunge**, Staatsanwältin, z.Zt. abgeordnet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesverfassungsgericht | **Prof. Dr. jur. Kirstin Drenkhahn**, Professorin für Strafrecht und Kriminologie, Fachbereich Rechtswissenschaft, FU Berlin | **Dr. jur. Lorenz Frahm**, Staatsanwalt, Kiel | **Jochen Goerdeler**, Ministerialrat, z.Zt. abgeordnet zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz; vormals Leiter des Referats für Maßregelvollzug, Psychiatrie, u.a. im Sozialministerium Schleswig-Holstein; vormals Staatsanwalt und Referent für vollzugliche Gesetzgebung im Justizministerium Schleswig-Holstein | **Dr. phil. Anne Kaplan**, Diplom-Rehabilitationspädagogin; Akademische Oberrätin a.Z., Fachgebiet Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik, TU Dortmund | **Prof. Dr. jur. Heribert Ostendorf**, Professor für Strafrecht; vormals Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Universität Kiel; vormals Jugendrichter und später Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein | **Dr. phil. Stefanie Roos**, Dipl.-Pädagogin; Oberstudienrätin im Hochschuldienst, Fachgebiet Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik, TU Dortmund | **Prof. Dr. jur. Frank Guido Rose**, Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg; Honorarprofessor an der Universität Kiel | **Susan Vogel**, Rechtsanwältin, Dipl.-Sozialpädagogin; Verwaltungswissenschaftlerin an der Hochschule Hannover | **Prof. Dr. päd. Philipp Walkenhorst**, Professor i.R. für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit, Department Heilpädagogik und Rehabilitation der Humanwissenschaftlichen Fakultät, Universität zu Köln | **Dr. jur. Joachim Walter**, Rechtsanwalt; vormals Leiter der Justizvollzugsanstalt Adelsheim | **Dr. jur. Natalie Willsch**, Richterin, Amtsgericht Pinneberg



Nomos

Zitiervorschlag: Ostendorf JugendStrafVollzR § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7124-0

4. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 4. Auflage

Seit dem Erscheinen der 3. Auflage im Jahr 2016 hat es in den Ländergesetzen zum Jugendstrafvollzug zT erhebliche Veränderungen gegeben. Dies war insbesondere durch die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 bedingt, die in einigen Bundesländern zu eigenständigen Justizvollzugsdatenschutzgesetzen geführt hat. Die neue Gesetzeslage ist Grundlage der Erläuterungen dieser 4. Auflage, in der die besonderen vollzuglichen Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie verursacht wurden und werden, aufgegriffen werden. Die formal sich immer weiter ausdifferenzierende Gesetzeslage haben Verlag und Herausgeber veranlasst, weitgehend auf die frühere Darstellung in Synopsen zu verzichten, da darin der Überblick verloren geht.

Ausgeschieden aus dem Kreis der Bearbeiter sind Dr. Christian Bochmann, Marius Fiedler, Dr. Anne Kaplan, Dr. Stefanie Roos., Prof. Dr. Philipp Walkenhorst, und Dr. Joachim Walter. Prof. Dr. Frank Rose hat für diese Auflage eine Auszeit genommen. Soweit die Autoren an der 3. Auflage beteiligt waren, werden ihre Namen in den jeweiligen Kapiteln an zweiter Stelle aufgeführt. Neu im Kreis der Bearbeiter sind Bill Borchert, Dr. Viktoria Bunge, Prof. Dr. Kirstin Drenkhahn und Dr. Lorenz Frahm. Im § 12 erläutern separat Frau Dr. Bunge den Datenschutz und Herr Dr. Frahm die kriminologische Forschung.

Kiel, im Herbst 2021

Heribert Ostendorf

Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage im Frühjahr 2012 hat es eine Vielzahl von Gesetzesänderungen zum Jugendstrafvollzug gegeben. In den Ländern Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden gänzlich neue Gesetze verabschiedet, wobei die Regelungen zum Jugendstrafvollzug in Gesamt-Justizvollzugsgesetzen integriert sind. Die neue Gesetzeslage ist Grundlage der Erläuterungen in dieser 3. Auflage. Zugleich wurde der Entwurf des Berliner Jugendstrafvollzugsgesetzes mitberücksichtigt. Die zunehmende Zersplitterung der Rechtsmaterie in den Ländergesetzen macht die Zusammenfassung in einem Handbuch nicht einfacher, aber umso notwendiger, wenn man den Überblick behalten will. Die Erläuterungen von Gernot Kirchner hat Dr. Joachim Walter nunmehr in alleiniger Autorenschaft übernommen, ebenso Dr. Natalie Willsch von Johannes Sandmann sowie Jochen Goerdeler von Dr. Thilo Weichert. Die Religionsausübung erläutern Dr. Christian Bochmann und ich zusammen, die Erläuterungen zum Unmittelbaren Zwang habe ich allein übernommen. Für die redaktionelle Aufbereitung bedanke ich mich bei meiner Mitarbeiterin Dr. Carmen Lööck.

Kiel, im März 2016

Heribert Ostendorf

Vorwort zur 2. Auflage

Die Neuauflage des Handbuchs wurde notwendig, weil in Baden-Württemberg und Hamburg neue Gesetze zum Jugendstrafvollzug verabschiedet wurden und auch in anderen Ländergesetzen Novellierungen erfolgt sind. Ebenso haben sich die Daten zur Praxis des Jugendstrafvollzugs verändert. Hinzu kommen eine Reihe von Monographien und Einzelbeiträgen in Sammelwerken und Fachzeitschriften, die für die 2. Auflage ausgewertet wurden. Rechtsprechung zum Jugendstrafvollzug wurde nur ganz vereinzelt veröffentlicht, was angesichts der geringen Beschwerdemacht gerade junger Gefangener kein Beweis für korrekte Befolgung der Gesetze in der Praxis bedeutet. Umso mehr ist eine kritische wissenschaftliche Begleitung geboten. Aus dem Autorenteam sind die Kollegen Gernot Kirchner und Johannes Sandmann aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Die Bearbeitung der Beiträge von Gernot Kirchner hat Dr. Joachim Walter, die Bearbeitung des Beitrages von Johannes Sandmann hat Dr. Natalie Willsch übernommen. Für die redaktionelle Aufbereitung bedanke ich mich bei meiner Mitarbeiterin Carmen Lööck.

Kiel, im April 2012

Heribert Ostendorf

Vorwort zur 1. Auflage

Seit vielen Jahren haben Fachleute das Fehlen eines Jugendstrafvollzugsgesetzes beklagt. Jugendrichter haben in Vorlagebeschlüssen zum Bundesverfassungsgericht auf den verfassungswidrigen Zustand hingewiesen. Erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31.5.2006 wurde der Gesetzgeber gezwungen zu reagieren. Gesetzgeber sind nach der sogenannten Föderalismusreform die Bundesländer mit Ausnahme der Rechtsmittelregelung, für die der Bund weiterhin zuständig ist. Damit ist eine verwirrende Gesetzeslage entstanden. Die 16 Bundesländer haben zT erheblich voneinander abweichende Gesetze beschlossen, drei Bundesländer haben den Jugendstrafvollzug im Rahmen eines Gesamtstrafvollzugsgesetzes geregelt.

Auf diese Situation will das vorliegende Handbuch zum Jugendstrafvollzug für die Praxis eine Antwort geben und informativer Ratgeber sein. Es werden die Ländergesetze im Einzelnen dargestellt, miteinander verglichen und bewertet. Die wichtigsten Regelungen werden in synoptischer Form vorgestellt. Bei der Bewertung werden internationale und verfassungsrechtliche Vorgaben, die Rechtsprechung und Kommentierung zum bisherigen Jugendstrafvollzug und zum Erwachsenenstrafvollzug sowie die rechtstatsächlichen und kriminologischen Grundlagen beachtet. Zusätzlich werden Hinweise auf die Regelungen in Österreich und der Schweiz gegeben.

Das Handbuch wurde interdisziplinär von Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Jugendstrafvollzug sowie der Strafjustiz erstellt. Wir wollen damit nicht nur die Rechte und Pflichten der Gefangenen und der Bediensteten im Jugendstrafvollzug sowie der Helfer und Therapeuten von außerhalb bestimmen, wir wollen damit auch

die Praxis im Sinne eines Förder- und Resozialisierungsstrafvollzuges unterstützen und zu einem „Besten-Vollzug“ beitragen. Ihn gilt es in der Praxis umzusetzen, um die Gesellschaft vor zukünftigen Straftaten der jungen Gefangenen am effektivsten zu schützen. Hierbei ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts „der Gesetzgeber zur Beobachtung und nach Maßgabe der Beobachtungsergebnisse zur Nachbesserung verpflichtet“. Auch zur Nachbesserung wollen wir Anstöße geben.

Kiel, im Mai 2008

Heribert Ostendorf

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	11
Autorenverzeichnis	27
Abkürzungsverzeichnis	29
Literaturverzeichnis	33
Vorbemerkungen	73
<i>Ostendorf</i>	
§ 1 Grundlagen	123
<i>Ostendorf</i>	
§ 2 Vollzugsplanung	150
<i>Ostendorf</i>	
§ 3 Unterbringung und Versorgung	188
<i>Borchert-Walter</i>	
§ 4 Schulische und berufliche Bildung, Arbeit, Vergütung und Gelder	230
<i>Willsch</i>	
§ 5 Freizeit, Medien, Sport	313
<i>Vogel</i>	
§ 6 Religionsausübung	370
<i>Ostendorf</i>	
§ 7 Außenkontakte	386
<i>Drenkhahn-Walkenhorst/Roos/Kaplan</i>	
§ 8 Sicherheit und Ordnung	427
<i>Goerdeler</i>	
§ 9 Unmittelbarer Zwang	491
<i>Ostendorf</i>	
§ 10 Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen	516
<i>Ostendorf-Rose</i>	
§ 11 Rechtsmittel	569
<i>Ostendorf-Rose</i>	
§ 12 Datenschutz und kriminologische Forschung	589
<i>Bunge/Frahm-Goerdeler</i>	
§ 13 Organisation	641
<i>Borchert-Walter</i>	
Stichwortverzeichnis	679

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	9
Autorenverzeichnis	27
Abkürzungsverzeichnis	29
Literaturverzeichnis	33
Vorbemerkungen	73
I. Historische Entwicklung des Jugendstrafvollzugs	73
II. Internationale und europäische Vorgaben	79
1. Die Bedeutung für das Länderstrafvollzugsrecht	79
2. Rechtsquellen	79
a) Hard-law	79
b) Soft-law	80
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	83
IV. Jugendstrafvollzug in der Praxis	85
1. Gefangenenzahlen	85
2. Gefangenenraten im Bund-Ländervergleich	88
3. Geschlecht, Personenstand, Ausländeranteil	90
4. Deliktsstruktur	91
5. Gefangene im offenen Vollzug	92
6. Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung	93
7. Vollzugslockerungen und Hafturlaub	93
8. Dauer der Haftzeit	95
9. Die psycho-soziale Situation der Gefangenen	99
a) Bildungsstand	99
b) Berufserfahrung	101
c) Drogenkonsum bzw Drogenabhängigkeit	101
d) Psychische Störungen und Suizidhäufigkeit	107
10. Behandlungsangebote und Personalsituation	109
11. Anstaltsklima und Umgangston	111
12. Rückfälligkeit	112
V. Jugendvollzugseinrichtungen in Deutschland	114
§ 1 Grundlagen	123
I. Gesetzliche Regelungen	123
II. Begrifflichkeiten	126
III. Anwendungsbereich	127
IV. Ziel und Aufgaben	129
1. Die „Altregelung“ in § 91 Abs. 1 JGG aF und ihre Vorläufer	129
2. Nicht realisierte Gesetzesentwürfe	130
3. Die neuen Definitionen	131

Inhaltsverzeichnis

a) Bedeutung	131
b) Unterscheidung von Ziel und Aufgaben bzw Aufträgen	132
c) Die Gesetzeslage	133
d) Zukünftiges Legalverhalten	133
e) Schutz der Allgemeinheit	135
f) Erziehungsauftrag bzw Erziehungsziel	137
V. Mitwirkung der Gefangenen am Vollzugsziel	139
1. Die Gesetzeslage	139
2. Einzelverpflichtungen	140
3. Pädagogische Einwände	141
4. Rechtliche Einwände	141
a) Keine Abstriche am Resozialisierungsprogramm	141
b) Unbestimmte Generalverpflichtung	142
c) Verstoß gegen das Autonomieprinzip	142
5. Belohnung anstatt Disziplinierung?	143
VI. Grundsätze der Vollzugsgestaltung	144
1. Rechtsqualität	144
2. Die Regelung im Strafvollzugsgesetz	144
3. Die neuen Grundsätze für den Jugendstrafvollzug	145
VII. Rechtsstellung der Gefangenen	146
1. Gesetzesvorbehalt	146
2. Mitwirkungsrechte des Gefangenen	147
VIII. Elternrechte	148
IX. Kooperationsverpflichtung	149
§ 2 Vollzugsplanung	150
I. Zeitlicher Ablauf des Vollzugs	151
II. Aufnahmeverfahren	152
1. Ladung zum Strafantritt	152
2. Aufnahme	154
III. Diagnoseverfahren	155
IV. Vollzugsplan	156
V. Geschlossener oder offener Vollzug	159
1. Definition	159
2. Die Regelung nach dem Strafvollzugsgesetz	159
3. Jugendstrafvollzug in freien Formen	160
4. Die Neuregelungen der Länder	161
VI. Sozialtherapie	164
1. Gesetzliche Regeln	164
2. Konzept	166
3. Vollzugspraxis	168
4. Effizienzbewertung	169
VII. Therapeutische Maßnahmen/Soziales Training	170
1. Auftrag des Vollzugs	170
2. Die Umsetzung in den Ländergesetzen	170

3. Die Umsetzung in der Praxis	171
a) Einzelbetreuung (Patenschaft)	171
b) Gruppenbetreuung (Soziales Training)	171
c) Allgemeine soziale Trainingskurse	172
d) Spezielle soziale Trainingskurse	172
aa) Sexualtätertherapie	172
bb) Drogentätertherapie	173
cc) Gewalttätertherapie	174
VIII. Soziale Hilfen	176
IX. Vollzugslockerungen	177
1. Zielsetzung	177
2. Definition	178
3. Die Regelungen im Einzelnen	178
4. Vollzugspraxis	181
X. Entlassung	182
1. Bedeutung	182
2. Vorzeitige Entlassung und Vollverbüßung mit und ohne Führungsaufsicht	182
3. Entlassungszeitpunkt	184
4. Entlassungsvorbereitung	185
5. Entlassungsnachbetreuung	186
6. Entlassungsbeihilfe	187
§ 3 Unterbringung und Versorgung	188
I. Vorbemerkung	188
II. Die Versorgung der Gefangenen im Spiegelbild der gesellschaftlichen Diskussion	189
III. Unterbringung der Gefangenen	190
1. Unterbringung während der Ausbildung, Arbeit und Freizeit	190
a) Die gesetzlichen Regelungen	190
b) Gemeinsame Arbeit, schulische und berufliche Ausbildung	190
c) Gemeinsame Freizeit	191
d) Ausschluss aus der gemeinsamen Freizeit	192
2. Einzelunterbringung während der Ruhezeit/Einschlusszeit	193
IV. Der Haftraum	196
1. Grundsatz	196
2. Die Rechtsprechung	197
3. Die Haftraumtür	197
4. Toilettenbereich	197
5. Haftraummöbiliar und Haftraumgestaltung	198
6. Der Gemeinschaftshaftraum	199
V. Ausstattung des Haftraums durch den Gefangenen; persönlicher Besitz	200
1. Gesetzliche Regelung	200
2. Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit des Haftraums	200

Inhaltsverzeichnis

a) Aus der Sicht der Gefangenen	201
b) Aus der Sicht der Bediensteten	201
3. Ausschluss von Gegenständen	202
a) Ausschluss aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung	202
b) Ausschluss aus Gründen der Gefährdung des Vollzugsziels/ Erziehungsauftrags	204
4. Persönlicher Gewahrsam	205
a) Allgemeine Wertgrenzen	205
b) Besitzkarten	205
VI. Der Einkauf	205
1. Die Gesetze der Bundesländer	205
2. Durchführung des Einkaufs	206
3. Erstversorgung bei der Aufnahme	207
4. Ergänzende Regelungen	207
VII. Die Wohngruppe	208
1. Gesetzliche Regelungen	208
2. Die Wohngruppe als Gestaltungsprinzip	208
3. Lernen in der Gruppe der Gleichaltrigen	209
4. Größe der Wohngruppe	210
5. Räumlichkeiten der Wohngruppe	211
6. Wohnliche Ausgestaltung	212
7. Gesetzliche Ausschlussgründe aus dem Wohngruppenvollzug	213
8. Personal in der Wohngruppe	213
VIII. Kleidung der Gefangenen	213
1. Die gesetzlichen Regelungen	213
2. Die Praxis in den Jugendstrafvollzugsanstalten	214
3. Allgemeine Zulassung eigener Kleidung	215
a) Pädagogische Überlegungen	215
b) Überlegungen zur Sicherheit	216
c) Kauf von Kleidung durch Vermittlung der Anstalt	216
4. Kosten und Beschaffenheit der Kleidung	216
IX. Verpflegung der Gefangenen	217
1. Die gesetzlichen Regelungen	217
2. Ergänzende Verwaltungsvorschriften	218
3. Die ärztliche Überwachung des Essens	219
4. Essen und Anstaltsklima	219
5. Das gemeinsame Essen	220
6. Religiöse Speisegebote	221
7. Besondere Kostformen aus medizinischen Gründen	221
X. Medizinische Versorgung	221
1. Grundsätze	221
2. Besondere gesetzliche Vorgaben für den Jugendstrafvollzug	223
3. Probleme der Praxis	223
a) Die Krankmeldung im Vollzugsalltag	223
b) Psychisch auffällige Gefangene	224

c) Substanzabhängigkeit	224
4. Gesundheitsprävention	225
5. Informations- und Beteiligungspflichten gegenüber Personensorgeberechtigten	228
§ 4 Schulische und berufliche Bildung, Arbeit, Vergütung und Gelder	230
I. Überblick	231
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	232
III. Internationale Vorgaben	233
1. Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen der Vereinten Nationen vom 13.5.1977	233
2. Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit („Beijing-Rules“) vom 29.11.1985	234
3. Regeln der Vereinten Nationen zum Schutz von Jugendlichen unter Freiheitsentzug vom 14.12.1990 (Havanna-Regeln)	235
4. Empfehlung Rec (2006)2-rev des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten vom 11.1.2006: Europäische Strafvollzugsgrundsätze, überarbeitete und geänderte Fassung angenommen vom Ministerkomitee am 1. Juli 2020	236
5. Empfehlung Rec (2008) 11 des Ministerkomitees des Europarates vom 5.11.2008: Europäische Grundsätze für die von Sanktionen und Maßnahmen betroffenen jugendlichen Straftäter und Straftäterinnen	237
IV. Im Einzelnen: Schule, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeit	239
1. Die Regelungen der Landesgesetze	239
2. Übereinstimmende Regelungen	239
3. Divergierende Regelungen	240
4. Staatliche Verpflichtung, Anspruch und Verpflichtung der Gefangenen	241
5. Aufarbeitung persönlicher Defizite	243
6. Bildung	244
a) Schule	244
aa) Besonderer Beschulungsbedarf	245
bb) Diagnoseverfahren	246
cc) Differenziertes Schulangebot	247
(1) Förderschulunterricht/Unterricht im Elementarbildungsbereich	249
(2) Hauptschulabschluss	250
b) Berufliche Bildung	251
aa) Berufseignungstest (BET)	252
bb) Haftzeitangepasste Bildung in Modulen	253
cc) Fortführung der Maßnahmen nach der Entlassung	255
dd) Ausbildungsbeginn im geschlossenen Vollzug, Abschluss im offenen Vollzug	257
ee) Gesellenprüfung	258

Inhaltsverzeichnis

ff) Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BVB)	259
c) Nachweise ohne Hinweis auf die Inhaftierung	259
7. Arbeit, arbeitstherapeutische Beschäftigung, Arbeitstraining	260
a) Arbeit	260
b) Arbeitstherapeutische Beschäftigung	261
c) Arbeitstraining	262
8. Sonstige Beschäftigung, Hilfstätigkeiten	263
9. Einrichtungen	264
10. Finanzierung	264
11. Freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung	265
a) Freies Beschäftigungsverhältnis	266
b) Selbstbeschäftigung	268
V. Im Einzelnen: Vergütung, Gelder der Gefangenen	269
1. Die Regelungen der Landesgesetze	269
2. Grundaussagen	270
3. Vergütung	271
a) Ausbildungsbeihilfe	271
aa) Erfordernis der Freistellung von der Arbeitspflicht zugunsten der Maßnahme	272
bb) Subsidiarität der Ausbildungsbeihilfe	272
(1) SGB III	272
(2) BAföG	273
cc) Sonstiges zur Ausbildungsbeihilfe	274
b) Arbeitsentgelt	274
c) Bemessung der Vergütung	275
d) Vergütungsverordnungen	276
e) Entrichtung von Beiträgen zur Bundesagentur für Arbeit	277
f) Finanzielle Anerkennung, Entgeltfortzahlung und Ausfallentschädigung	278
g) Billigkeitsentschädigung	278
h) Überweisung der Einkünfte an die Vollzugsanstalt zur Gutschrift	279
i) Schriftliche Bekanntgabe der Höhe der Vergütung	279
j) Zusätzliche Anerkennung der Arbeits- und Bildungsleistungen	280
aa) Freistellung	280
(1) Weitere Freistellung	280
(2) Freistellung von der Arbeitspflicht	285
bb) Arbeitsurlaub, Freistellung aus bzw. von der Haft, Langzeit- bzw. unbegleiteter Ausgang	287
cc) Anrechnung auf den Entlassungszeitpunkt	287
dd) Ausgleichsentschädigung statt Vorverlegung des Entlassungszeitpunktes	287
ee) Erlass von Verfahrenskosten	288
ff) Gleichwertige Vergütung nach § 66 Abs. 2 JStVollzG Bln ...	289

4. Sozialversicherung	290
5. Überbrückungsgeld und Eingliederungsgeld	291
a) Klassisches Überbrückungsgeld	291
b) Kein Überbrückungsgeld	292
c) Pfändungsschutz	294
d) Eingliederungsgeld	295
6. Haftkostenbeitrag und sonstige Kostenbeteiligung	296
a) Haftkostenbeitrag	296
b) Sonstige Kostenbeteiligung	298
7. Taschengeld	301
8. Hausgeld	304
9. Eigengeld	306
10. Sondergeld, zweckgebundene Einzahlungen, zweckgebundenes Eigengeld	308
11. Verwaltung der Gefangenengelder	310
a) Konten	310
b) Besitz von Bargeld	311
c) Geld in Fremdwährung	312
§ 5 Freizeit, Medien, Sport	313
I. Überblick	317
II. Regelungen der einzelnen Bundesländer	320
III. Freizeit	326
1. Der Begriff „Freizeit“	326
2. Rechtsgrundlagen	327
3. Rechtstatsächliche Situation	332
IV. Zeitungen und Zeitschriften	337
1. Rechtsgrundlagen	337
2. Rechtstatsächliche Situation	340
V. Hörfunk und Fernsehen	341
1. Rechtsgrundlagen	341
2. Rechtstatsächliche Situation	346
VI. Internet	347
1. Elektronische Kommunikation im Jugendstrafvollzug	347
2. Rechtsgrundlagen	348
3. Rechtstatsächliche Situation	352
VII. Besitz von Gegenständen für die Freizeitbeschäftigung	353
1. Rechtsgrundlagen	353
2. Rechtstatsächliche Situation	357
VIII. Sport	361
1. Bedeutung des Sports im Jugendstrafvollzug	361
2. Rechtsgrundlagen	363
3. Rechtstatsächliche Situation	367

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Religionsausübung	370
I. Zielsetzung	370
II. Grundaussagen	370
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen	371
IV. Internationale Aussagen zur Religionsfreiheit	374
1. Hard Law	374
2. Soft Law	375
V. Anspruch auf Betreuung durch einen Seelsorger	376
1. Sachlicher Anwendungsbereich	376
2. Anspruchsrichtung	376
3. Persönlicher Anwendungsbereich	377
VI. Recht zum Besitz religiöser Schriften und Gebrauchsgegenstände	377
1. Religiöse Schriften	377
2. Entzug	378
3. Religiöse Gebrauchsgegenstände	378
4. Angemessener Umfang	379
VII. Recht auf Teilnahme an religiösen Veranstaltungen	380
VIII. Ausschluss von religiösen Veranstaltungen	381
1. Ausschluss aus überwiegenden Gründen der Sicherheit oder Ordnung	381
2. Kein automatischer Ausschluss durch Disziplinarmaßnahmen	382
3. Kein faktischer Ausschluss	382
IX. Seelsorger	383
1. Allgemeines	383
2. Aufgaben	383
3. Rechte und Pflichten	384
X. Weltanschauungsgemeinschaften	385
§ 7 Außenkontakte	386
I. Einleitung	386
II. Zielsetzungen	390
III. Kriminologische Aspekte	392
IV. Rechtstatsächliche Befunde	396
V. Regelungsinhalte	402
1. Internationale und nationale Mindeststandards zur Förderung von Außenkontakten	402
2. Besuche	403
a) Grundsatz und Allgemeines	403
b) Langzeitbesuche	405
c) Besuchsverbot	407
d) Überwachung und Kontrollmaßnahmen	410
e) Besondere Besucherinnen und Besucher	415
3. Schriftwechsel	417
a) Recht auf Schriftwechsel und Untersagung von Schriftwechsel ..	417
b) Organisation und Kontrolle des Schriftwechsels	419

c) Schriftwechsel mit besonderen Institutionen	421
4. Telekommunikation	422
a) Telefonieren	422
b) Andere Telekommunikationsmittel	423
5. Pakete	425
§ 8 Sicherheit und Ordnung	427
I. Grundlagen	429
1. Begriffsbestimmung „Sicherheit und Ordnung“	429
2. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung als ganzheitliche Aufgabe	431
II. Regelungssystematik	433
III. Grundsätze	436
1. Grundlage für Erziehung und Förderung	436
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	437
IV. Verhaltensvorschriften	439
1. Mitverantwortung	439
2. Tageseinteilung	441
3. Gehorsampflicht	442
4. Bereichszuweisung, Aufenthaltspflicht	443
5. Pflégliche Behandlung des Haftraums und von Anstaltssachen	444
6. Meldepflicht	444
V. Absuchung, Durchsuchung	445
1. Begriff und Bedeutung	445
2. Durchsuchung ohne Anlass	447
3. Durchsuchungen des Haftraums	448
4. Durchsuchung mit Entkleidung im Einzelfall	451
5. Allgemeine Anordnungen von Entkleidungsdurchsuchungen	453
VI. Sichere Unterbringung	455
VII. Maßnahmen zur Feststellung des Suchtmittelkonsums	457
1. Die Ermächtigungsnorm	457
2. Begrifflichkeiten	459
3. Voraussetzungen und Durchführung von Drogenscreenings	460
4. Auferlegung der Kosten	463
VIII. Festnahmerecht	463
IX. Besondere Sicherungsmaßnahmen	464
1. Rechtsnatur	464
2. Gefahrentatbestände	466
a) Von dem Gefangenen ausgehende Gefahren	466
b) Gefahren, die nicht von dem Gefangenen selbst ausgehen	468
3. Ermessensausübung, Verhältnismäßigkeit	470
4. Anordnung und Verfahren	471
5. Die Maßnahmen im Einzelnen	475
a) Entzug oder Vorenthaltung von Gegenständen	475
b) Beobachtung der Gefangenen	475

Inhaltsverzeichnis

c) Absonderung von anderen Gefangenen, Einzelhaft	477
d) Entzug oder Beschränkung des Aufenthalts im Freien	481
e) Besonders gesicherter Haftraum ohne gefährdende Gegenstände	481
f) Fesselung und Fixierung	482
X. Ersatz von Aufwendungen	486
XI. Rechtsschutz	489
§ 9 Unmittelbarer Zwang	491
I. Vorbemerkungen	491
1. Rechtswirkung	491
2. Zielsetzung	492
3. Normgenese	492
II. Begriffsbestimmungen	492
1. Unmittelbarer Zwang	493
2. Körperliche Gewalt	493
3. Hilfsmittel körperlicher Gewalt	493
4. Waffen	495
III. Voraussetzungen	496
1. Allgemeine Voraussetzungen	496
a) Unmittelbarer Zwang gegen Gefangene	497
aa) Vollzugs- oder Sicherungsmaßnahme	497
bb) Akzessorietät	497
cc) Subsidiarität	497
b) Unmittelbarer Zwang gegen andere Personen	498
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	498
a) Geeignetheit	499
b) Erforderlichkeit	499
c) Angemessenheit	500
3. Androhung	500
a) Androhungsgrundsatz	500
b) Ausnahmesituationen	501
IV. Handeln auf Anordnung	501
V. Unmittelbarer Zwang aufgrund anderer Regelungen	502
VI. Schusswaffengebrauch	503
1. Schusswaffengebrauch durch Vollzugsbedienstete gegen Jugendstrafgefangene	503
a) Die Regelungen im Ländervergleich	503
b) Zielsetzung	504
c) Spezialregelung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	505
d) Spezialregelung der Androhung	505
e) Potenzielle Anwendungsfälle	506
aa) Nichtablegen einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werkzeugs	506
bb) Unternehmen einer Meuterei	506

cc) Fluchtvereitelung und Wiederergriffung	507
2. Schusswaffengebrauch durch Vollzugsbedienstete gegen andere Personen	507
3. Rechtsstaatliche Erwägungen	507
VII. Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge	509
1. Spezialfall des unmittelbaren Zwangs	509
2. Begriffsbestimmung	509
3. Zielsetzung	509
4. Voraussetzungen	510
a) Maßnahmen ohne körperlichen Eingriff	510
b) Maßnahmen mit körperlichem Eingriff	510
aa) Lebensgefahr oder schwerwiegende Gesundheitsgefahr des Gefangenen	511
bb) Alternativ: Gesundheitsgefahr für andere Personen	511
cc) Zumutbarkeit für alle Beteiligten	511
dd) Keine erhebliche Gefahr für den Gefangenen	511
ee) Verhältnismäßigkeit	512
5. Recht und Pflicht zur Vornahme medizinischer Zwangsmaßnahmen	512
6. Einzelfälle	513
a) Zwangsernährung bei Hungerstreik	513
b) Suizidprophylaxe	513
c) Aids-Test	513
d) Beruhigungsmittel/Psychopharmaka	514
e) Urintest/Rektoskopie	514
f) Corona – Test	514
7. Leitungs- und Anordnungs-kompetenz	515
§ 10 Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen	516
Erster Teil: Erzieherische Maßnahmen	
I. Regelungsinhalt	516
1. Länder mit gesonderten Jugendstrafvollzugsgesetzen	516
2. Länder mit kombinierten Gesetzen für Jugend- und Erwachsenenvollzug	517
3. StVollzG	517
II. Zielsetzung	517
III. Rechtsstatsachen	519
IV. Rechtliche Charakterisierung	520
V. Anordnungsvoraussetzungen	521
1. Formell-gesetzliche Zuständigkeit und Verfahrensstandards	521
2. Materiell	522
VI. Anwendungsfolgen	523
1. Beispielskataloge	523
2. Konnex zwischen Pflichtverstoß und erzieherischer Maßnahme – „Spiegelung“	524

Inhaltsverzeichnis

3. Eingriffsintensität	525
VII. Vollzug der Maßnahme	525
VIII. Grundlegende Bedenken gegen die Einführung von erzieherischen Maßnahmen	526
IX. Rechtsmittel	529
Zweiter Teil: Disziplinarmaßnahmen	
I. Regelungsinhalt	530
II. Zielsetzung	531
III. Kriminologische Erkenntnisse	532
1. Untersuchung in Nordrhein-Westfalen	532
2. Untersuchung in Sachsen	533
3. Untersuchung in Berlin und Brandenburg	534
IV. Rechtsstatsachen	535
1. Konstanz der bundesweiten Gesamtzahl der Disziplinarmaßnahmen	535
2. Varianz der Disziplinarmaßnahmen nach Bundesländern, Anstalten und Jahreslängsschnitt	535
3. Unterschiedliche Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gegen Jugendliche und Erwachsene	536
4. Neuere Forschung speziell zum Jugendstrafvollzug	538
5. Geringe Rechtsmittelquote	539
V. Verfassungsrechtliche Grundlegung	539
1. Originäre Aussagen des BVerfG für den Jugendvollzug	539
2. Auf den Jugendvollzug übertragbare Grundsätze des BVerfG für den Erwachsenenvollzug	539
a) Verstoß gegen essenzielle Verhaltensregeln	539
b) Strafähnliche Sanktion	540
aa) Aufgabe	540
bb) Zweck	541
cc) Anknüpfungspunkt	542
(1) Qualifizierung	542
(2) Bestimmtheit	542
c) Zwischenergebnis	543
VI. Anordnungsvoraussetzungen	543
1. Formell	543
a) Zuständigkeit	543
b) Verfahren	544
aa) Allgemeine Verfahrensregeln	544
bb) Besondere Verfahrensregeln	547
(1) Verbreiterte Erkenntnisgrundlage bei schweren Pflichtverstößen	547
(2) Konsultation eines Arztes	549
cc) Eröffnung der Entscheidung	549
2. Materiell	550
a) Regelungstechnik	550

b) Inhalt	552
aa) Überblick	552
bb) Einzelprobleme der Kataloge	552
(1) Akzessorietät zwischen Disziplinaratbestand und Straftaten bzw Ordnungswidrigkeiten	552
(2) Entweichen als disziplinarisch relevanter Verstoß	554
(3) Disziplinarmaßnahmen bei Verweigerung einer Urinkontrolle	555
(4) Kleine Generalklausel	556
(5) Heterogener Schweregrad der Verstöße	556
VII. Anwendungsfolgen	557
1. Opportunitätsprinzip	557
2. Arten der Disziplinarmaßnahmen	557
a) Überblick	557
b) Bewertung einzelner Disziplinarmaßnahmen	559
aa) Medienkonsum, Freizeitgestaltung in der Anstalt und Einkauf	559
bb) Verweis	559
cc) Hausgeld	560
dd) Schule und Beruf	560
ee) Aufenthalt während der Freizeit	561
ff) Verkehr mit Personen außerhalb der Anstalt	561
gg) Streichung von Belohnung oder Anerkennung bei fehlender Mitarbeitsbereitschaft an der Erreichung des Vollzugszieles	563
hh) Arrest	564
VIII. Vollstreckung und Vollzug	566
1. Regelfall der sofortigen Vollstreckung	566
2. Regelungen zur Vollstreckung des Arrestes	567
IX. Rechtsmittel	568
§ 11 Rechtsmittel	569
I. Vorbemerkung: Rechtsschutz und Rechtsmittel	569
II. Regelungsinhalt	570
III. Zielsetzung	570
IV. Kriminologische Erkenntnisse	572
V. Entsprechende Geltung von Normen des StVollzG	572
1. Rechtswegeröffnung	572
2. Antragsart	573
3. Antragsbefugnis	573
4. Verwaltungsvorverfahren als besondere Zulässigkeitsvoraussetzung	573
5. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	573
6. Form	573
7. Frist	574

Inhaltsverzeichnis

8. Beteiligtenfähigkeit	574
9. Einstweiliger Rechtsschutz	574
10. Verfahren des Gerichts	575
a) Verfahrensart	575
b) Verfahrensgrundsätze	575
11. Rechtsmittel gegen die erstinstanzliche Entscheidung	575
VI. Abweichungen bei Rechtsbehelfen im Vollzug der Jugendstrafe	575
1. Stellung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters	576
2. Verfahren zur gütlichen Streitbeilegung vor dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung	577
3. Zuständigkeit der Jugendkammer	580
4. Entscheidung durch Beschluss nach beantragter Anhörung oder fakultativer mündlicher Verhandlung von Amts wegen	581
5. Einzelrichter	583
6. Kosten	584
7. Rechtsbeschwerde	586
8. Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen	587
§ 12 Datenschutz und kriminologische Forschung	589
I. Datenschutz	591
1. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	591
2. Richtlinie (EU) 2016/680	593
3. Begriffsbestimmungen	597
a) Vollzugliche Zwecke	597
b) Personenbezogene Daten	597
c) Verarbeitung	599
d) Pseudonymisierung und Anonymisierung	599
e) Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter	600
f) Einwilligung	600
g) Anstaltsfremde Personen	603
4. Datenverarbeitung	603
a) Erhebung	603
b) Nutzen und Speichern	604
c) Übermitteln	605
5. Videoüberwachung	608
6. Auslesen von Datenspeichern	611
7. Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden	611
a) Einleitung	611
b) Erkennungsdienstlicher Datenabgleich	612
c) Sicherheitsanfrage	613
aa) Gefangene	613
bb) Anstaltsfremde Personen, die in der Anstalt tätig werden wollen	614
cc) Besucher	615

d) Fallkonferenzen	617
8. Offenbarungsbefugnisse-/Offenbarungspflichten	618
9. Ansprüche der betroffenen Personen	619
a) Informationspflichten von Amts wegen	620
b) Aufklärungspflicht bei Datenerhebung mit Kenntnis	620
c) Informationspflichten bei Datenverarbeitung ohne Kenntnis	621
d) Auskunftsrechte der betroffenen Personen auf Antrag	621
e) Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Personen	622
f) Akteneinsichtsrecht in Gesundheitsakten	623
g) Löschung und Einschränkung der Verarbeitung sowie Berichtigung von personenbezogenen Daten	624
10. Einsicht in die Gefangenenpersonalakten, Gesundheitsakten und Krankenblätter	625
11. Schutzanforderungen bzw. technische Neuerungen	627
a) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	627
b) Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellung	627
c) Datenschutz-Folgenabschätzung bei hohem Risiko	628
d) Protokollierung	628
II. Kriminologische Forschung	629
1. Verpflichtung zur kriminologischen Forschung	629
2. Kriminologischer Dienst und kriminologische Forschung	630
3. Übermittlung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen Zwecken	635
a) Voraussetzungen der Übermittlungsbefugnis	635
b) Übermittlungsmodalitäten	637
4. Umgang mit den Forschungsdaten (§ 476 Abs. 4–7 StPO)	638
5. Datenschutzkontrolle bei privaten Empfängern (§ 476 Abs. 8 StPO)	639
III. Rechtsschutz	639
§ 13 Organisation	641
I. Organisation und Vollzugsziel	642
II. Die Eigenständigkeit des Jugendstrafvollzuges	643
III. Die Organisation der Jugendstrafanstalt	644
1. Organisatorische Selbstständigkeit	644
2. Größe einer Jugendstrafvollzugsanstalt	648
3. Bauliche Gestaltung und äußere Umgebung	648
4. Belegungsfähigkeit und Verbot der Überbelegung	649
IV. Die innere Struktur	650
1. Entwicklung aus militärischen Strukturen	650
2. Die Gesamtverantwortung der Anstaltsleitung	651
3. Fachliche Anforderungen an den/die Anstaltsleiter/in	652
4. Die Leitungsprinzipien	654

Inhaltsverzeichnis

5. Führen mit Zielen	654
6. Methoden	655
7. Controlling	656
8. Die Kosten-Leistungsrechnung (KLR)	657
9. Das Budget der Anstalt	658
a) Die Bedeutung der handelnden Personen	658
b) Probleme des alten Haushaltsrechts	658
c) Die Budgetvereinbarung	659
d) Delegation von Budgetverantwortung innerhalb der Anstalt	659
e) Kostenverantwortung auch für Gefangene	660
10. Kritik der „Neuen Verwaltungssteuerung“	660
a) Geschichte und Idee	660
b) Vielfalt und Konkurrenz der Ziele	661
c) Gefahren	661
d) Mangelnde gesetzliche Fundierung	663
e) Mangelnde Evaluation	663
V. Vollzugsbedienstete	663
1. Das erforderliche Personal	663
2. Eignung sowie Aus- und Fortbildung des Personals	664
3. Die tägliche Arbeit – Anspruch und Wirklichkeit	665
4. Unterstützende Strukturen	668
a) Feste Zuordnung und dezentrale Dienstplangestaltung	668
b) Gesetzliche Regelungen	669
c) Konferenzen	669
d) Die Abteilung als Strukturelement	670
5. Der Grundsatz der Zusammenarbeit	670
6. Übertragung von Aufgaben an Private	671
VI. Aufsichtsbehörde	672
VII. Gefangenenmitverantwortung und Selbstverwaltung	673
VIII. Anstaltsbeirat	674
IX. Vollzug an weiblichen Jugendstrafgefangenen	675
1. Ausbildungsmöglichkeiten	676
2. Differenzierung nach besonderem Hilfebedarf	678
Stichwortverzeichnis	679

Autorenverzeichnis

Borchert, Bill

Jurist, Leiter der Jugendstrafanstalt Berlin

Bunge, Dr. jur. Viktoria

Staatsanwältin, z.Zt. abgeordnet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesverfassungsgericht

Drenkhahn, Prof. Dr. jur. Kirstin

Professorin für Strafrecht und Kriminologie, Fachbereich Rechtswissenschaft, Freie Universität Berlin

Frahm, Dr. jur. Lorenz

Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Kiel

Goerdeler, Jochen

Ministerialrat, z.Zt. abgeordnet zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz; vormals Leiter des Referats für Maßregelvollzug, Psychiatrie u.a. im Sozialministerium Schleswig-Holstein; vormals Staatsanwalt und Referent für vollzugliche Gesetzgebung im Justizministerium Schleswig-Holstein

Kaplan (geb. Bihs), Dr. phil. Anne

Diplom-Rehabilitationspädagogin; Akademische Oberrätin a.Z., Fachgebiet Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik, Technische Universität Dortmund

Ostendorf, Prof. Dr. jur. Heribert

Professor für Strafrecht; vormals Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Universität Kiel; vormals Jugendrichter und später Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein

Roos, Dr. phil. Stefanie

Dipl.-Pädagogin; Oberstudienrätin im Hochschuldienst, Fachgebiet Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik, Technische Universität Dortmund

Rose, Prof. Dr. jur. Frank Guido

Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg; Honorarprofessor an der Universität Kiel

Vogel, Susan

Rechtsanwältin, Dipl.-Sozialpädagogin; Verwaltungsprofessur an der Hochschule Hannover

Walkenhorst, Prof. Dr. päd. Philipp

Professor i.R. für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit, Department Heilpädagogik und Rehabilitation der Humanwissenschaftlichen Fakultät, Universität zu Köln

Autorenverzeichnis

Walter, Dr. jur. Joachim

Rechtsanwalt; vormals Leiter der Justizvollzugsanstalt Adelsheim

Willsch, Dr. jur. Natalie

Richterin, Amtsgericht Pinneberg